

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung **des Kreisausschusses vom 31.05.2023**

A) Öffentliche Sitzung

TOP 5

**Stellungnahme zur Umweltverträglichkeitsprüfung für die
beabsichtigte Laufzeitverlängerung der belgischen
Atomkraftwerke Tihange 3 und Doel 4
hier:Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

A 134/2023

Herr Grutke, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erläutert den vorliegenden Antrag. Er führt aus, dass die Kreisverwaltung sich entschieden habe, sich nicht an der Umweltverträglichkeitsprüfung zu beteiligen. In der Vergangenheit hätten der Kreistag Euskirchen, die Städtereion Aachen, die Kreistage Düren und Daun sowie weitere Räte in der Region eine kritische Haltung gegenüber dem Betrieb von Tihange und Doel eingenommen. Er erklärt weiterhin, dass alle belgischen Atomkraftwerke als Druckwasserreaktoren und für eine Betriebsdauer von etwa 40 Jahren konzipiert seien. Mit der geplanten Laufzeitverlängerung würde die v.g. Betriebsdauer deutlich überschritten. Die beiden v.g. Reaktoren hätten zudem in der Vergangenheit erhebliche Mängel aufgewiesen und er führt entsprechende Vorfälle auf. Beide Reaktoren seien ein erhebliches Risiko für die Region. Die Teilnahme an der Umweltverträglichkeitsprüfung wäre eine Möglichkeit, auf die regionalen Auswirkungen und Betroffenheit aufmerksam zu machen. Er ergänzt, dass die beiden von den GRÜNEN geführten Landesministerien (MUNV und MWIKE) Stellungnahmen abgegeben würden. Daher solle auch die Kreisverwaltung beauftragt werden, sich an der Umweltverträglichkeitsprüfung zu beteiligen. Man sende damit ein klares Signal, dass man die Vorgehensweise in Belgien weiterhin kritisch betrachten werde. Zudem dürfe man kurzfristige wirtschaftliche Interessen nicht über die Gesundheit und Sicherheit der Umwelt stellen.

Herr Blindert, Allgemeiner Vertreter des Landrates und GBL V, erklärt, dass dieses Thema in der letzten Fraktionsvorsitzendenkonferenz besprochen wurde. Er führt aus, dass man sich mit der StädteRegion Aachen und dem Kreis Düren ausgetauscht habe. Die vorherige politische Resolution wurde federführend von der StädteRegion erstellt. Aktuell werde von der StädteRegion keine Stellungnahme abgegeben. Das koordinierende Wirtschaftsministerium wird zusammen mit dem Umweltministerium eine Stellungnahme abgeben. Er weist darauf hin, dass in eben diesen Ministerien die Experten für dieses Thema und für Atomreaktoren säßen. Eine Stellungnahme von Seiten des Kreises kann, u.a. aufgrund der fehlenden Experten, eher politischer denn fachlicher Natur sein. So sei der Kreis auch nicht in der Lage den Zustand der angesprochenen Reaktoren zu

bewerten. Zudem habe Belgien alternative Versorgungsmöglichkeiten geprüft. Aufgrund der aktuellen weltpolitischen Lage hätte Belgien sich jedoch entschieden, die Laufzeit der beiden v.g. Reaktoren zu verlängern. Des Weiteren werde Belgien die beiden Reaktoren ertüchtigen müssen. Es gebe durchaus Betrachtungen zu Störfällen, welche auch die Nachbarländer betreffen könnten. Von Seiten der Kreisverwaltung sei man der Meinung, dass eine Stellungnahme von Seiten der Ministerien, welche vorher nicht einsehbar zu sein scheint, auch die Interessen der Kreisverwaltung wahre. Dennoch sei, wenn gewünscht, eine politische Stellungnahme allein von Seiten des Kreises Euskirchen möglich.

Herr Grutke führt aus, dass auch in den anderen Kreisen entsprechende Initiativen organisiert würden. Die Abgabefrist sei am 26.06.2023.

Herr Schorn, FDP, dankt der Verwaltung für die sachliche Einordnung. Er hinterfragt, ob eine politische Resolution Sinn machen würde. Das Restrisiko eines westeuropäischen Kernkraftwerkes läge bei einem Supergau in 10tsd Betriebsjahren. Er sei froh über jedes westeuropäische Kernkraftwerk welches am Netz bleibe, damit die Kohle im Boden bleibe und das Klima geschützt werden könne. Die FDP-Fraktion könne sich dem Antrag nicht anschließen.

Frau Stolz, CDU, erklärt, dass man gut daran tue, im regionalen Konsens gegen solche Dinge vorzugehen. Wenn sich die beiden v.g. Kreise zu diesem Thema dieses Mal nicht positionieren würden, dann müsse man auch in diesem Fall den Schulterschluss zeigen. Sie führt zudem aus, dass es auch um Zuständigkeiten gehe und Belgien eine eigene Souveränität habe. Sie sehe die Zuständigkeiten auf Landesebene und vertraue auf das Umweltministerium.

Herr Troschke, UWV, stellt fest, dass es schwierig sei zu verstehen, was mit dem vorliegenden Antrag bewirkt werden solle. Man müsse sich im Klaren sein, dass ein Verzicht auf Atomkraftwerke die Förderung und Verbrennung von polnischer Kohle zur Folge haben werde.

Herr Grutke führt abschließend aus, dass es hier um zwei marode Systeme gehe und notwendige Arbeiten nach 2025 verschoben worden seien.

Der Vorsitzende lässt über den A 134/2023 abstimmen:

Der Kreis Euskirchen nimmt Stellung zur Umweltverträglichkeitsprüfung für die beabsichtigte Laufzeitverlängerung der belgischen Atomkraftwerke Tihange 3 und Doel 4.

Darüber hinaus führt er seine regionale Betroffenheit sowie die Vorkehrungen in einem Störfall an.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU, FDP und UWV

Herr Heller, SPD, war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.